Bezugspreis für Sept. durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim", „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wöchentlich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — **Fernsprecher** Nr. 2448, 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstr. 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüssgen, Berlin SW 48. Verl. Hedemannstraße 5. Fernsprecher Nollendorf 883.

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg., Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahl. 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 13. September 1927 **76. Jahrgang. Nr. 928**

Brief aus Budapest.

Auswirkungen der Rothermere-Aktion. — Kommunistische Wühlarbeit. — . internationaler Zoologenkongreß. — Staatsbudget, Bodenreform, Handelsbilanz.

o **Budapest,** 10. September.

Ein überaus bezeichnender Ausdruck des jüngst zurückgetretenen Lord Robert Cecil war kürzlich in einer ungarischen Tageszeitung zu lesen: „Es wird nun nachgerade zehn Jahre, daß der Weltkrieg abgeschlossen wurde, und wir finden keine einzige Nation, die nicht die blutigen Zeichen des Weltkrieges auf ihrem Rücken trüge. Der Weltkrieg hat die Nationen augenscheinlich geschwächt, und wenn die siegreichen Mächte lachen, werden hierbei ihre falschen Zähne sichtbar." Cecil sagte dies im Zusammenhange mit der bekannten Rothermere-Aktion, die zum großen Leidwesen der Tschechoslowakei nicht zur Ruhe kommen will. Auch Lloyd George meint, die Revision des Trianonvertrages sei unausbleiblich, nur müsse die Zeit noch etwas reifen. Lord Rothermere wird im kommenden Oktober ein von 2 Millionen Ungarn unterzeichnetes Dankschreiben erhalten. Die Rothermere-Aktion hatte übrigens eine interessante Fernwirkung in — Prag. In einer daselbst kürzlich abgehaltenen Sitzung des Prager Stadtrates gab Oberbürgermeister Dr. Baxa eine Erklärung gegen Lord Rothermere ab und sagte unter anderem: „In der Zeit ihres neunjährigen Bestandes hat die tschechoslowakische Republik gezeigt, daß sie imstande ist, ihre schwierigen Verhältnisse zu regeln. Insbesondere in der Frage der nationalen Minderheiten ist die Tschechoslowakei über die Grenzen der Friedensverträge hinausgegangen, indem sie durch eine gerechte Wahlordnung allen nationalen Minderheiten Gelegenheit zur Teilnahme an der Führung der Staatsgeschäfte durch Berufung ihrer Mitglieder in die Regierung gab." Mit Rücksicht auf die Erklärung, daß durch die tschechoslowakische Republik den nationalen Minderheiten mehr gegeben worden sei, als die Friedensverträge anordnen, entfernten sich die vier deutschen Stadträte vor dieser Kundgebung aus dem Saale. Diese Haltung der Stadtverordneten erklärt sich daraus, daß unter dem Regime Baxas auch nicht die geringsten deutschen Aufschriften geduldet, zwei deutsche Tafeln am Deutschen Haus und an der deutschen Agrarbank, die in der letzten Zeit angebracht worden waren, in der Nacht gestohlen wurden, daß in Prag keine deutschen Veranstaltungen angekündigt werden dürfen. Man sieht aus dieser ganzen Entwicklung, daß die Rothermere-Aktion unschwer zu Generalisierungen führt und daß eine Revision von Trianon ganz automatisch auf Versailles und Saint-Germain zurückwirken müßte.

Die Kommunisten geben der hiesigen Polizei wieder reichlich zu tun. Die Polizei hat in den letzten Tagen in Budapest und in der Provinz Razzien auf kommunistische Agitatoren veranstaltet und bei dieser Gelegenheit zweihundert Personen verhaftet. Oberstadthauptmannstellvertreter Dr. Hetenyi, der an der Spitze der politischen Abteilung steht, erklärte, daß die Niederschlagung kommunistischer Verschwörungen nur durch häufige Razzien möglich sei. Die kommunistischen Agitatoren verfügen über außerordentlich hohe Geldmittel. Wenn eine Druckerei beschlagnahmt werde, so stünden ihnen sofort neue Mittel zur Verfügung, um eine neue Druckerei für Werbeschriften anzukaufen. Die Anwendung des Zellensystems ermögliche ihnen, die Agitation auf unauffällige Weise zu betreiben. Die Praxis habe bewiesen, daß der kommunistischen Propaganda nur durch zweimonatige große Razzien beizukommen sei. Vierzehn der Verhafteten legten ein Geständnis ab, daß sie Mitglieder des Zellensystems gewesen seien und daß sie ihre Weisungen von einer höheren Stelle erhalten haben. Ihre Aufgabe bestand darin, in Budapest und in der Provinz unter den Arbeitern kommunistische Flugschriften zu verbreiten, Zusammenkünfte zu veranstalten und das Proletariat über den Bolschewismus aufzuklären. In Budafok wurde von der Polizei eine kommunistische Druckerei ausgehoben. — Ob mit dieser versteckten kommunistischen Propaganda auch die Affaire des Nervenarztes Dr. Kormiß im Zusammenhange steht, ist noch nicht ganz aufgeklärt. Dr. Kormiß hatte u. a. an dem Bankdirektor Bartok einen Erpressungsversuch begangen und ihm 32 000 Pengö zu entlocken versucht. Als er der Tat überwiesen wurde, erklärte er dieselbe lediglich als eine Aktion „um psychoanalytische Studien am eigenen Leib" vorzunehmen.

Unter starker Anteilnahme deutscher Gelehrter tagte jüngst in Budapest der X. internationale Zoologenkongreß. Von Referenten aus Deutschland, die auf diesem Kongreß Vorträge hielten seien erwähnt die Professoren Dr. Richard Hesse (Berlin), Dr. H. Spemann (Freiburg-Baden), Rh. Erdmann (Berlin). Am 4. September brachte die Kongreßteilnehmer ein Sonderdampfer nach dem in Fahnenschmuck prangenden Balatonfüred am Plattensee, wohin sich der Reichsverweser mit der erzherzoglichen Familie auf seiner Motorjacht begeben hatte, um die mittlerweile eingetroffenen internationalen Vertreter der Zoologie zu begrüßen. Diesem Plattenseeausflug kommt deshalb Bedeutung zu, da in Tihany am Plattensee demnächst das neue ungarische biologische Forschungsinstitut eröffnet werden wird. —

Die Finanzlage Ungarns ist zufriedenstellend. Laut Monatsbericht des Finanzministers haben die Gesamteinnahmen des Staates im Juli die Summe von 57,8 Mill. Pengö erreicht, um 6,6 Millionen mehr als im Juli 1926 und um 7,4 Millionen mehr, als präliminiert wurde. Die Gesamteinnahmen des am 30. Juni abgelaufenen Budgetjahres 1926-27 haben die in den einzelnen Monatsvoranschlägen präliminierten Einnahmesummen um 108,1 Millionen Pengö überschritten. Dringend notwendig erscheint die Regelung der Finanzierung der Bodenreform. Eine ganze Reihe von Grundbesitzern ist in Zusammenhang mit der Bodenreform durch die Enteignung, beziehungsweise durch die Ablösung des Grundbesitzes vollkommen zugrunde gegangen, da die Bezahlung der Ablösungssumme nicht entsprechend geregelt war. Der Preis von mehr als 800 000 Katastraljoch Feld ist bisher nicht bezahlt. Zur Regelung dieses Problems wird wahrscheinlich eine Auslandsanleihe notwendig sein. Die Beteiligung von Besitzlosen mit Grundstücken hat aufgehört. Dieser Teil der Agrarreform ist abgeschlossen. Dagegen wird der Staat im Interesse der Mehrproduktion die Aktion zur Ausgestaltung der Zwergbesitze in Mittelgrundbesitze fortsetzen. Der Staat wird zu diesem Zweck von seinem Verkaufsrecht Gebrauch machen und die dieser Art erworbenen Grundbesitze an kleine Grundbesitzer verteilen. Die Außenhandelsbilanz Ungarns hat sich verschlechtert. Während das Außenhandelsdefizit des verflossenen Jahres nicht mehr als 88 Millionen Pengö betrug, beläuft sich im laufenden Jahre bereits das Defizit des ersten Halbjahres auf 178 Millionen Pengö; die Verschlechterung beträgt also mehr als 100 Prozent. Von der Revision einiger Handelsverträge erhofft man eine starke Steigerung der Ausfuhr.

Um das Reichsschulgesetz.

h **Berlin,** 12. Sept. **(Tel.)** Die Vertreter der Deutschen Volkspartei der drei Hansestädte tagten am Samstag und Sonntag in Bremen. Erörtert wurde u. a. der Entwurf des Reichsschulgesetzes und die Stellung und Aufgaben der Hansestädte im Rahmen des deutschen Reiches. Am Schluß der Beratung wurde lt. Tägl. Rundschau eine Entschließung angenommen, die folgenden Wortlaut hat: „Der neue Reichsschulgesetzentwurf nimmt auf die Interessen des deutschen Volksschulwesens und auf die Schulverhältnisse, wie sie in den Hansestädten bestehen, nicht gebührend Rücksicht. Wenn es nicht gelingt, in den Entwurf die Sicherheiten hineinzuarbeiten, die in dieser Beziehung notwendig sind, ist der Entwurf von den Vertretern der Hansestädte abzulehnen."

Sonderkonferenz der baltischen Außenminister in Genf.

Neue Wege für ein Ostlocarno?

tu **Genf,** 12. Sept. In den letzten Tagen haben mehrfach Zusammenkünfte zwischen den gegenwärtig in Genf anwesenden Außenministern der baltischen Randstaaten stattgefunden, an denen der lettländische Außenminister Zeelens, der estländische Außenminister Akel, der litauische Ministerpräsident Woldemaras und der erste Delegierte Finnlands beim Völkerbund, Professor Erich, teilgenommen haben.

Wie die Telunion von zuverlässiger Seite erfährt, ist in diesen Gesprächen eingehend das Projekt einer Neutralisierung der vier baltischen Randstaaten erörtert worden. Dieser Plan wird gegenwärtig besonders von dem lettländischen Außenminister Zeelens und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras vertreten. Der gegenwärtig zwischen den baltischen Außenministern erörterte Gedanke einer Neutralisierung der baltischen Randstaaten soll in der Weise verwirklicht werden, daß diese Garantie der Neutralität einerseits durch die großen europäischen Westmächte (England, Frankreich, Deutschland), andererseits durch Rußland geleistet wird. In der Aussprache hat der litauische Ministerpräsident Woldemaras darauf hingewiesen, daß der im vorigen Jahre zwischen Litauen und der Sowjetregierung geschlossene Vertrag bereits die Garantie der Unverletzlichkeit Litauens enthält. In den Verhandlungen hat der estländische Außenminister betont, daß ein allgemeiner Nichtangriffspakt zwischen den vier baltischen Randstaaten einerseits und Sowjetrußland andererseits empfehlenswerter wäre. Der finnländische Delegierte hat dagegen darauf aufmerksam gemacht, daß Finnland als skandinavische Macht sich einem Projekt der Neutralität der baltischen Randstaaten mit Einschluß Finnlands nicht anschließen könne.

Die Verhandlungen über die Frage, die sich gegenwärtig noch in einem vorbereitenden Stadium befinden, sollen in der nächsten Zeit in einer der baltischen Hauptstädte fortgesetzt werden. In den letzten Tagen haben mehrfach Fühlungnahmen zwischen den baltischen Außenministern und Chamberlain wie Briand stattgefunden, wobei jedoch dieser Gedanke nur in allgemeinen Zügen berührt worden ist. Wie es weiter heißt, dürfte diese Konferenz am 19. November in Riga stattfinden und zwar wird Polen auch hier durch einen Beobachter vertreten sein, während über die Teilnahme Rußlands nichts verlautet. In Deutschland weiß man, daß der lettländische Außenminister Zeelens derartige Pläne seit einiger Zeit mit großer Energie betreibt, weil er der Meinung ist, daß den baltischen Randstaaten gemeinsam die Aufgabe zufällt, die Initiative zu einer Sicherung ihrer staatlichen Grenzen durch die Großmächte einschließlich Sowjetrußland zu ergreifen. Diese Pläne des lettländischen Außenministers gehen an sich von anderen Erwägungen aus als die Pläne, die die polnische Delegation in Genf verwirklichen wollte und die zu einer Hegemonie im Baltikum und zu einer Sicherung der polnischen Westgrenze führen sollten; immerhin wird man deutscherseits darauf zu achten haben, daß diese Pläne nicht von anderer Seite dazu benutzt werden, die diesmal in Genf abgelehnten polnischen Pläne auf Umwegen doch noch zu verwirklichen.

Der lettländische Außenminister bei Dr. Stresemann.

Genf, 12. Sept. Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfing heute den lettländischen Außenminister Zeelens zu einer längeren Aussprache.

Der lettländische Außenminister über Lettlands Außenpolitik.

tu **Genf,** 12. Sept. Der lettländische Außenminister Zeelens äußerte sich heute vor der Presse über die außenpolitischen Bestrebungen Lettlands. Er wies zunächst auf die Verhandlungen mit Moskau über den Abschluß eines Nichtangriffspaktes hin, für den die Grundlinien im März ds. Js. vereinbart worden seien. Der Minister dementierte energisch alle Gerüchte, nach denen Lettland sich hierbei zur Uebernahme von Verpflichtungen bereiterklärt habe, die im Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerbundspaktes ständen. Beide Staaten verpflichteten sich, nicht zum Angriff gegen einander zu schreiten und an keiner Koalition dritter Mächte, die gegen eines der vertragsschließenden Länder gerichtet sei, teilzunehmen, ebenso wenig ihre Unterstützung einem anderen Staate im Falle eines Angriffs zu gewähren. Ferner verpflichteten sich beide Staaten, Differenzen mit friedlichen Mitteln zu regeln. Die lettländische Regierung führe gegenwärtig mit der Sowjetregierung Verhandlungen über eine zweite Konvention zur Regelung von Streitigkeiten, wobei die Einsetzung einer paritätischen Kommission vorgesehen sei. Der Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion stelle noch keinen Garantiepakt dar, jedoch sei der Abschluß eines allgemeinen breiteren Abkommens zur Garantierung des Friedens und der Sicherheit in Aussicht genommen und zwar zwischen den baltischen Staaten einerseits und einigen anderen an der Aufrechterhaltung des status quo im Baltikum interessierten Mächten.

Zeelens betonte weiter, die engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Lettlands zu Estland, die es auch zu Litauen weiter entwickeln wolle. Wenn auch eine so enge Zusammenarbeit mit Finnland nicht möglich sei, so bestände doch eine Reihe von Problemen, die ein engeres Zusammengehen sämtlicher Randstaaten erforderlich mache. Es sei wünschenswert, daß die baltischen Randstaaten im Völkerbundsrat vertreten seien. Daher werde auch die Ratskandidatur Finnlands von ihnen unterstützt.

Ueber die Beziehungen zu Polen bemerkte der Minister, daß der Abschluß eines Handelsvertrages bevorstehe. Er freue sich, feststellen zu können, daß Polen alle Anstrengungen mache, um den Frieden im Osten Europas zu stabilisieren.

Die Beziehungen Lettlands zu Deutschland berührte Zeelens nicht.

Graf Bernstorff drängt auf Weltabrüstung.

Die Beratungen der Abrüstungskommission.

tu **Genf,** 12. Sept. **(Tel.)** Die dritte Kommission der Vollversammlung des Völkerbundes für Abrüstungsfragen tagte heute nachmittag unter Vorsitz des tschechischen Außenministers Benesch. Deutschland ist in der Kommission durch den Reichstagsabgeordneten Grafen Bernstorff vertreten. Einleitend wies Benesch darauf hin, daß die Kommission den in der Vollversammlung eingebrachten holländischen und polnischen Antrag sowie ferner die Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen des Völkerbundes zu behandeln habe. Auf letzterem Gebiet könnten Fortschritte nicht festgestellt werden, dagegen zeige die Teilnahme des Völkerbundes auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit wesentliche Erfolge. In seinem Bericht gab der Präsident der vorbereitenden Abrüstungskommission, der Holländer Laudon, einen Ueberblick über die Tätigkeit dieser Kommission. In einigen wichtigen Punkten sei in den Verhandlungen der vorbereitenden Abrüstungskommission Einigkeit erzielt worden. Der Mißerfolg der ersten Tagung der Kommission sei in der Oeffentlichkeit vielfach übertrieben worden. Immerhin müsse die nächste Tagung weit besser vorbereitet werden. Die großen Prinzipien des Genfer Protokolls, Abrüstung, Schiedsgericht und Sicherheit, seien immer noch lebendig. Man dürfe sich durch den Zusammenbruch der Seeabrüstungskonferenz, die mit dem Völkerbund nichts zu tun gehabt habe, nicht entmutigen lassen. Das Datum für den Zusammentritt der vorbereitenden Abrüstungskommission könne heute noch nicht bestimmt werden. Wichtiger sei, daß er rechtzeitig vorbereitet werde, um die Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis zu führen.

Reichstagsabgeordneter Graf Bernstorff richtete an den Präsidenten der Kommission, den tschechoslowakischen Außenminister Benesch, die Anfrage, wie die Erklärungen des Präsidenten bei der Eröffnung der Kommission über die Aufgabe der vorbereitenden Abrüstungskommission aufzufassen seien, nach denen die Abrüstungskommission nur mit der Beschränkung, nicht aber mit der Herabminderung der Rüstungen sich beschäftigen solle. Er sei der Auffassung, daß die Kommission sich mit einer Herabsetzung der Rüstungen zu befassen habe. Eine Konferenz für die Beschränkungen wäre keine Abrüstungskonferenz. Es Es wäre zwecklos, eine derartige Konferenz einzuberufen. Deutschland habe die Abrüstungsbestimmungen des Friedensvertrages bis zum letzten Punkt durchgeführt. Für Deutschland handele es sich jetzt darum, daß die übrigen Mächte, die im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen zur allgemeinen Abrüstung entsprechend den Bestimmungen durchführen. Aus diesem Grunde sei das Problem der Beschränkung der Rüstungen für Deutschland bedeutungslos. Dagegen sei von größtem Interesse für Deutschland das Problem der Abrüstung. Graf Bernstorff richtete an den Präsidenten die Bitte, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Es handele sich hierbei um eine grundsätzliche Frage, denn in dem Bericht der vorbereitenden Abrüstungskommission befinde sich ein deutscher, ein englischer und ein französischer Entwurf für die Präambel. In allen drei Texten werde von der Herabsetzung, nicht von Beschränkung der Rüstungen gesprochen. Graf Bernstorff wies in seinen Ausführungen weiter darauf hin, daß der Vorsitzende Benesch in seiner Ausführung auf den Zusammentritt der Abrüstungskonferenz hingewiesen habe, ohne jedoch hierbei den Termin für den Zusammentritt zu erwähnen. Es müsse jedoch daran erinnert werden, daß bei dem Abschluß der Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission der Vorsitzende Laudon nachdrücklichst erklärt habe, daß die Konferenz noch in diesem Jahre wieder zusammentreten werde. Graf Bernstorff richtete sodann an den Präsidenten die zweite Anfrage, ob die Abrüstungskonferenz noch in diesem Jahre und zu welchem Zeitpunkte zusammentreten werde. Er müsse dringend auf baldigen Zusammentritt der Konferenz drängen.

Chamberlain verteidigt die englische Völkerbundspolitik.

tu **Genf,** 12. Sept. Der englische Außenminister Chamberlain gab heute vor Pressevertretern Erklärungen über den Standpunkt der englischen Regierung zu den in der Generaldebatte der Vollversammlung behandelten Fragen ab. Chamberlain nahm zuerst zu den Kritiken an den Sonderbesprechungen der Großmächte Stellung. Er hob hervor, daß in diesem Jahre die Kritiken in der Generaldebatte mit großer Offenheit und Loyalität hervorgebracht worden seien. In dem gleichen Geiste seien die Antworten gehalten, die Briand, Stresemann und er über die vielfachen Vorwürfe geben konnte. Er sehe in der Tatsache dieser Kritiken ein günstiges Anzeichen für den Völkerbund. Die Debatte der letzten Tage hätte eine Einigung ergeben und die Atmosphäre der Mißverständnisse, die zu Beginn der Tagung herrschte, sei, wie er hoffe, endgültig zerstreut. Chamberlain erklärte mit großem Nachdruck, es läge den Teilnehmern dieser Besprechung völlig fern, in irgendeiner Weise die Kompetenzen des Völkerbundsrates oder der Vollversammlung einzuschränken. In den Zusammenkünften dürfe nichts gesehen werden, was irgend wie die Würde oder die Autorität des Völkerbundes oder der Vollversammlung gefährden könnte. Vor einiger Zeit hätte man den Außenministern den Vorwurf gemacht, daß sie nicht zu direkten Aussprachen zusammenträten. Jetzt würden die gegenteiligen Vorwürfe gemacht. Er sei zu der Überzeugung gekommen, daß statt der fortgesetzten Zusendung von schroffen Noten und unliebenswürdigen Telegrammen eine direkte Aussprache am gemeinsamen Tisch weit nützlicher und vorteilhafter wäre und man hierdurch leichter zu einer Verständigung gelangen werde.

Chamberlain ging sodann zu den Fragen der Schiedsgerichtsbarkeit über und betonte, daß hierbei die besondere Lage des englischen Weltreiches berücksichtigt werden müsse. Englei nicht ein zentralisierter national geschlossener Staat, sondern ein Verband von sechs oder sieben freien Nationen, die das englische Weltreich bildeten. Jeder dieser Teile habe eine autonome Regierung, die für sich selbst verantwortlich sei. Er sei im Völkerbundsrat nur der Vertreter der englischen Regierung und könne namens des englischen Weltreiches Erklärungen nur abgeben, wenn er von den übrigen Regierungen dazu ausdrücklich bevollmächtigt sei. Die englische Regierung sei daher nicht in der Lage, Verpflichtungen auf sich zu nehmen, die von den anderen Regierungen möglicherweise nicht anerkannt werden. England könnte nicht für sich einen Schiedsgerichtsvertrag eingehen, denn im Falle einer Ablehnung eines Vertrages durch eine oder die andere Regierung des englischen Weltreiches würde die Einheit des Empires gefährdet werden. Chamberlain wies hierauf nachdrücklichst auf die vielfachen, scheinbar unlogischen Verfassungen des englischen Weltreiches hin, die jedoch auf dem praktisch-politischen Sinne des englischen Volkes aufgebaut seien und die sich Schritt für Schritt der praktischen Entwicklung anpassen. Die sogenannte Verfassung Lord Balfours vom vorigen Jahre sei keine Verfassung, sondern eine Festlegung von Tatsachen, die heute verwirklicht worden seien.

Chamberlain betonte sodann, daß die englische Regierung durchaus den Abschluß von Einzelabkommen zwischen einzelnen Mächten nicht hindern werde. Er wies auf den Locarno-Pakt hin, der bereits die Beziehungen zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien geregelt habe. Wenn das System derartiger Verträge noch weiter ausgebaut werden könnte, so würde es möglich sein, zu einem gegebenen Moment von diesen Einzelverträgen zu einem allgemeinen Sicherheitspakt überzugehen. Chamberlain erklärte sodann, die Politik der englischen Regierung sei auf die Sicherung des Friedens gerichtet. Die englische Regierung habe nichts getan, um den Frieden zwischen zwei Nachbarstaaten zu stören, im Gegenteil, überall, wo englische Politik von Einfluß sei, werde sie in den Dienst der großen Ziele des Völkerbundes gestellt. Zweifellos sei ein Krieg nicht völlig unmöglich geworden; aber nach jeder Tagung des Völkerbundes werde es immer schwieriger für einen Staat, den Beginn eines Krieges zu rechtfertigen. Jedenfalls werde der Beginn eines Krieges ohne Zustimmung des Völkerbundes einen Staat auf einen gefahrvollen Weg führen.

Chamberlain wies dann auf die großen Fortschritte hin, die durch den Völkerbund erzielt worden seien. Vor zehn Jahren hatten die Ergebnisse zur Sicherung des Friedens, die man heute erreicht habe, noch nicht bestanden. Chamberlain erklärte, er sei in Locarno und in gleicher Weise auch jetzt optimistisch für die Entwicklung des Völkerbundes und für die Sicherungen des Friedens. Er habe Vertrauen zu der Zukunft des Völkerbundes. Dieses Vertrauen sei aufgebaut auf Tatsachen. England werde alles tun, um dem Völkerbund in seinen großem Werke zu helfen.

*

Briands vorzeitige Abreise aus Genf vom „Temps" bestätigt.

tu **Paris,** 12. Sept. **(Tel.)** Wie der „Temps" bestätigt, wird Briand an dem nächsten Ministerrat, der am 18. September in Paris stattfindet, teilnehmen. Man vermutet, daß er bereits am 17. September Genf endgültig verlassen wird und daß ihn auf der Völkerbundsversammlung und dem Völkerbundsrat bis zum Schluß der Tagung Paul Boncour und Loucheur vertreten werden.

Die Ernteschäden in der Provinz Westfalen.

Eine Anfrage der Zentrumspartei im preußischen Landtage.

S **Berlin,** 12. Sept. **(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)** Die Zentrumspartei hat nachstehende Kleine Anfrage im Preußischen Landtage eingebracht:

„Die Regengüsse vom 8. bis 26. August haben die deutsche Getreideernte zum großen Teil verdorben oder doch schwer geschädigt. Diese Ernteschäden sind, wie in den meisten Teilen Deutschlands, auch in der Provinz Westfalen festzustellen. Roggen und Weizen sind größtenteils nur mit Auswuchs und in feuchtem Zustande geborgen, so daß ein Ausdrusch in den meisten Fällen erst im folgenden Frühjahr erfolgen kann und kein einwandfreies Mehlkorn ergibt. Infolge der verzögerten Ernte ist der Hafer erst in totreifem Zustande gemäht und hat in vielen Fällen einen Ausfall von mehreren Zentnern pro Morgen erlitten. Die erhöhten Erntebergungskosten und der starke Ausfall an Futtergetreide haben den Landwirten ihre flüssigen Betriebsmittel erschöpft, so daß sie nicht imstande sind, ihre laufenden Verbindlichkeiten, vor allem dem Steuerfiskus gegenüber, zu erfüllen.

Wir fragen das Staatsministerium, ob es über diese Wirtschaftsschwierigkeiten ausreichende Erhebungen angestellt hat, ob es ferner bereit ist, durch sofortige Stundungen der staatlichen Steuern den bedrängten Landwirten sofort zu helfen, oder was es sonst für Maßnahmen zu ergreifen gedenkt, um die verschärfte Agrarkrise abzuwenden."

Attentat im italienischen Konsulat in Paris.

tu **Paris,** 12. Sept. **(Tel.)** Der italienische Vizekonsul in Paris, Carlo Radini, wurde heute mittag im italienischen Konsulat anscheinend von einem Italiener durch mehrere Revolverschüsse schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet und der Polizei zur Vernehmung zugeführt.

Zu der Bluttat auf dem italienischen Generalkonsulat, die die Pariser Polizei für ein politisches Attentat hält, erfährt die Telegraphen-Union noch folgende Einzelheiten: Heute vormittag um 11.35 Uhr erschien auf dem italienischen Generalkonsulat ein ärmlich gekleideter Italiener, der den Vizekonsul, Grafen Nardini, in einer persönlichen Angelegenheit sprechen wollte. Graf Nardini empfing den Fremden in seinem Arbeitszimmer in Gegenwart eines Sekretärs. Der Italiener, der anscheinend von Beruf Arbeiter ist, bat den Konsul, ihm die Rückreiseerlaubnis nach Italien erteilen zu wollen. Er beklagte sich darüber, daß seine Heimatbehörde ihm die Zustimmung zur Rückreise noch nicht bewilligt hätte. Als Graf Nardini nun seinerseits sich weigerte, unter diesen Umständen das Rückreisevisum zu geben, zog der Unbekannte einen Revolver und gab zwei Schüsse auf den Konsul auf, die beide trafen. Der erste Schuß berührte den linken Arm, der zweite durchbohrte das Herz. Nardini sank zu Boden. Er wurde von den herbeieilenden Konsulatsbeamten in die Klinik geschafft, wo er gleich nach seinem Eintreffen verschied. Unterdessen gelang es, den Mörder beim Verlassen des Konsulatsgebäudes zu verhaften. Auf dem Polizeikommissariat verfiel er in Nervenkrämpfe, so daß es nicht möglich war, ihn zu verhören und nach den Beweggründen seiner Tat auszuforschen. Seine Taschen enthielten nichts, was über seine Personalien hätte Aufklärung geben können. Graf Nardini, der 56 Jahre ist, lebt seit 27 Jahren in Paris und ist seit 15 Jahren italienischer Vizekonsul. Er ist verheiratet und Vater einer Tochter von 21 Jahren.

Ministerpräsident Poincaré hat dem italienischen Botschafter sein Beileid aussprechen lassen.

Der Reichspräsident in Stralsund.

‡ **Stralsund,** 12. Sept. Reichspräsident von Hindenburg traf heute mittag gegen 14 Uhr auf dem hiesigen Bahnhof ein, wo er, nachdem der Wehrkreiskommandeur, Generalleutnant von Amsberg, Meldung erstattet hatte, vom Regierungspräsidenten Hausmann und dem Oberbürgermeister begrüßt wurde. Auf dem Bahnhofsvorplatz, auf dem zahlreiche Vereine und Schulen Aufstellung genommen hatten, begrüßte Hindenburg die Altveteranen und zog vor allem den einzigen noch überlebenden Gardekürrassier von der Kaiser-Proklamation in Versailles in ein Gespräch. Sodann fuhr er durch die Hauptstraßen zum Marktplatze, wo sich die städtischen Körperschaften versammelt hatten und wo der Oberbürgermeister den Reichspräsidenten willkommen hieß. Der Reichspräsident dankte für die Ehrungen und mahnte zur Einigkeit. Er ließ seine Worte ausklingen in ein Hoch auf das deutsche Vaterland. Die Stralsunder Wassersportvereine und Fischer sowie einige Flugzeuge begleiteten die Fähre, die den Reichspräsidenten nach Rügen brachte.

Episkopat und Aufwertung.

Aus Unkenntnis wird gegen die katholische Kirche in Deutschland, besonders gegen die Bischöfe, zuweilen der Vorwurf erhoben, als habe sie nichts oder zu wenig in Sachen der Aufwertung getan. Das „Kirchliche Amtsblatt des Fürstbischöflichen Ordinariat" in Breslau stellt demgegenüber folgende Tatsachen zusammen:

1. Bereits vor Erlaß der Dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 wandte sich Se. Eminenz Herr Kardinal Bertram namens der Fuldaer Bischofskonferenz an Herrn Reichskanzler Marx und warnte vor den Ungerechtigkeiten und Mängeln dieser Verordnung.

2. Ein halbes Jahr später, im September 1924, wandte sich der Herr Kardinal zum zweiten Male, diesmal öffentlich in der Presse, an den Herrn Reichskanzler und betonte die in der Dritten Steuernotverordnung bezüglich der Aufwertung zutage tretende Ungerechtigkeit und Unmoralität. Die längeren Ausführungen schließen mit dem Satze: „Namens der auf der Fuldaer Bischofskonferenz vereinigten Oberhirten deutscher Diözesen richte ich an Euere Exzellenz die dringende Bitte, baldigst der Aufhebung der Dritten Steuernotverordnung näherzutreten und hinsichtlich der erörterten Fragen eine Regelung herbeizuführen, die den Anforderungen der Moral und Gerechtigkeit mehr entspricht."

3. Am 8. Dezember 1925 schrieb der Kardinal Bertram namens der Bischöfe der Fuldaer Konferenz an das preußische Kultusministerium, die Bischöfe lehnten eine Ausdehnung der Vorrechte der politischen Gemeinden auf die Kirchengemeinden

(nur 12½prozentige Aufwertung, keine Rückwirkung) ab und würden die kirchlichen Vermögensverwaltungen anweisen, von dieser Vergünstigung wenigstens gegenüber privaten Gläubigern keinen Gebrauch zu machen.

4. Im Januar 1926 haben die genannten Bischöfe „Richtlinien für den katholischen Seelsorger in Fragen betr. Verhältnis von Aufwertungsgesetz und Moral" herausgegeben und in den kirchlichen Amtsblättern veröffentlicht (vgl. z. B. „Kirchl. Amtsblatt Paderborn" vom 17. 2. 1926). In diesen Richtlinien ist scharf zum Ausdruck gebracht, daß der Schuldner sich nicht ohne weiteres im Gewissen mit den Leistungen der gesetzlichen Aufwertung begnügen könne, und daß je nach Lage der Sache die moralische Aufwertungspflicht viel weiter greife als die gesetzliche.

5. Dazu haben verschiedene Amtsblätter Erlasse einzelner bischöflicher Behörden über die moralische Aufwertungspflicht der kirchlichen Institute gebracht, so z. B. das „Paderborner Amtsblatt" vom 19. 7. 1926 und 26. 3. 1927.

6. Aus den angeführten Tatsachen folgt, daß die katholische Kirche in Deutschland die in den Aufwertungsgesetzen zutage tretenden Ungerechtigkeiten verurteilt und dieses wiederholt in amtlichen Erlassen zum Ausdruck gebracht hat. Wenn das in letzter Zeit nicht mehr oder nicht mehr so häufig geschieht, liegt das daran, daß eine wesentliche Aenderung der Aufwertungsgesetze zurzeit als aussichtslos erscheint.

Die Behauptung, die katholische Kirche habe in der Aufwertungsfrage geschwiegen, kann nur aus völliger Unkenntnis der Tatsachen oder aus böswilliger Absicht erhoben werden.

7. Eben so falsch ist die Behauptung, die deutschen Bischöfe wären einseitig für die Fürsten eingetreten, als es sich um die öffentliche Abstimmung über die Fürstenenteignung handelte. In jener Kundgebung, die durch die bevorstehende Abstimmung unmittelbar veranlaßt wurde, heißt es wörtlich: „In derselben Richtung bewegt sich die öffentliche Mahnung, die der Episkopat an die Gesetzgeber richtete, als bei den Verhandlungen über die Aufwertungsfragen Maßnahmen auftauchten, die nicht genügend Rücksicht nahmen auf den Grundsatz von Treue und Glauben, auf Verarmte und ihre Familie."

Starke Beschäftigung der Arbeitsgerichte.

Seit der Einrichtung der Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte sind erst zwei Monate vergangen, aber diese kurze Zeit hat bereits gezeigt, einer wie starken Inanspruchnahme die neuen Arbeitsgerichtsbehörden ausgesetzt sind. War man sich an maßgebenden Stellen zunächst darüber im Zweifel, ob die einzelnen Arbeitsgerichte ausreichende Beschäftigung haben würden, so haben die bisherigen Erfahrungen, wie der Amtliche Preußische Pressedienst erfährt, bereits gezeigt, daß die Arbeitsgerichtsbehörden nicht nur durchweg gut zu tun haben, vielmehr in verschiedenen Fällen — und zwar insbesondere die größeren Arbeitsgerichte — übermäßig stark in Anspruch genommen sind, so daß schon jetzt bei einzelnen Arbeitsgerichten die Frage einer Vergrößerung der Zahl der Kammern und des Personals auftaucht. Der stärksten Inanspruchnahme ist naturgemäß das Berliner Arbeitsgericht — als größtes deutsches Arbeitsgericht — ausgesetzt. Bei ihm sind bereits in den ersten Wochen derartig viel Klagen eingereicht worden und zur Verhandlung gekommen, daß nur unter allerstärkster Ausnützung des Personals eine Erledigung der anhängigen Sachen erfolgen konnte. Im Monat Juli wurden im Berliner Arbeitsgericht nicht weniger als ca. 5100 Arbeitssachen erledigt und im Monat August, an dem für gewöhnlich die Zahl der anhängig gemachten Rechtsstreitigkeiten in Arbeitssachen wesentlich geringer ist, sogar fast noch 500 Sachen mehr. Nach diesen Zahlen zu urteilen, muß schon jetzt mit einem Jahresdurchschnittspensum von 66 000 Arbeitssachen für das Arbeitsgericht Berlin gerechnet werden, während im Jahre 1926 von dem Gewerbe- und Kaufmannsgericht, den ordentlichen Gerichten und den übrigen Berliner arbeitsgerichtlichen Sondergerichten insgesamt nur ca. 54 000 Arbeitssachen zur Erledigung kamen. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch in anderen Bezirken Preußens. So wurden z. B bereits bei einem größeren Arbeitsgericht im Westen im Monat Juli 4000 Sachen gezählt, während im Vorjahre die Zahl der in diesem Monat verhandelten Sachen kaum mehr als die Hälfte betrug.

Wenn bei Würdigung dieses zahlenmäßigen Ansteigens der Prozesse in Arbeitssachen auch nicht verkannt werden soll, daß gewisse Prozeßkonjunkturverhältnisse (der 1. Juli ist Kündigungstermin) und die Aufsparung vieler schon vor dem 1. Juli zur Klageerhebung reifer Sachen auf den 1. Juli an und für sich einen gewissen Andrang bei den neuen Arbeitsgerichtsbehörden mit sich gebracht haben, so besteht doch andererseits insbesondere im Hinblick auf die Auguftzahlen kein Zweifel darüber, daß unabhängig von den beiden angeführten Momenten eine starke Zunahme von arbeitsgerichtlichen Prozessen allenthalben zu verzeichnen ist; ein Zeichen auch dafür, daß man den neuen Arbeitsgerichtsbehörden beim Publikum mit Vertrauen entgegenkommt.

Deutsches Reich

Ein Nachspiel zu den Fememordprozessen.

tu **Berlin**, 12. Sept. **(Tel.)** Das erweiterte Schöffengericht in Spandau beschäftigte sich heute mit den schweren Mißhandlungen, die der ermordete Feldwebel Wilms im Lager Döberitz zu erdulden gehabt hatte. Wegen dieser Mißhandlungen wurden der Feldwebel Stein und der Sportlehrer Rotenbusch zu einem Monat Gefängnis und der Verbandssekretär Metten zu drei Wochen Gefängnis und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt.

Roßbachs Haftentlassung erneut bestätigt.

tu **Berlin**, 12. Sept. **(Tel.)** Gegen die Haftentlassung Roßbachs hatte der Oberstaatsanwalt von Schwerin eine Beschwerde eingelegt, mit der sich gestern das Mecklenburger Oberlandesgericht zu beschäftigen hatte. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu dem Beschluß, daß der Antrag des Oberstaatsanwalts zurückzuweisen sei und daß die Haftentlassung Roßbachs zu Recht bestehe.

Eine Kleine Anfrage im Landtage.

vdz. **Berlin**, 12. Sept. **(Tel.)** Im Preußischen Landtag ist folgende Kleine Anfrage der Deutschen Volkspartei eingegangen: „Schon dreimal in kurzer Zeit haben polnische Militärflugzeuge die ostpreußische Grenze überflogen. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun?"

Autounfall des bayerischen Ministerpräsidenten.

w **Regensburg**, 12. Sept. **(Tel.)** Ministerpräsident Dr. Held, der in einem Auto der Landespolizei von München hier eintraf, ist von einem Unfall betroffen worden. Das Auto stieß an einer Straßenecke mit einem Straßenbahnwagen zusammen und wurde stark beschädigt, wobei Dr. Held einige Hautabschürfungen erlitt.

Die Pfalz und die bevorstehende Besatzungsverminderung.

‡ **Speyer**, 12. Sept. Der pfälzische Kreisausschuß hat in seiner heutigen Sitzung zur Frage der Besatzungsverminderung einstimmig folgenden Beschluß gefaßt, den er der bayerischen Staatsregierung mit der Bitte zugehen läßt, ihn an die Reichsregierung weiterzuleiten:

„Es steht zu erwarten, daß die von den Alliierten zugesagte Herabminderung der Besatzung in allernächster Zeit zur Durchführung gebracht werden wird. Mit Rücksicht hierauf richtet die Vertretung des Kreises Pfalz an die Reichsregierung die dringende Bitte, sich mit ganzer Entschiedenheit für weitestgehend Berücksichtigung der Pfalz bei der Durchführung dieser Einschränkung der Besatzung einzusetzen, nachdem die Pfalz durch die Besetzung schon soviel gelitten hat, daß es schwer verständlich wäre, würde sie bei dem Abbau der Besatzung nicht in vorderster Reihe bedacht werden. Die bayerische Staatsregierung wird gebeten, auch dieses Ersuchen des Kreisausschusses zur Fortsetzung ihrer bisherigen Vorstellungen bei der Reichsregierung zu benutzen."

Aus aller Welt.

Dr. Brebeck nach Kattowitz zurückgekehrt.

tu **Kattowitz**, 12. Sept. Dr. Brebeck, der Syndikus der Kattowitzer Buchdruckerei- und Verlags-A.-G. sollte nach polnischen Meldungen in Zusammenhang mit der Haussuchung bei der Kattowitzer Zeitung angeblich nach Deutschland geflüchtet sein. In Wirklichkeit hatte er jedoch nur aus Familiengründen eine Reise unternommen. Dr. Brebeck ist nach Kattowitz zurückgekehrt und hat sich dem Untersuchungsrichter gestellt, der ihn jedoch wieder entließ, da kein Haftbefehl gegen ihn vorlag.

Neuorganisation der englischen Armee.

‡ **London**, 12. Sept. Eine Verfügung des englischen Kriegsministers gibt bekannt, daß der große Fortschritt auf dem Gebiet des Tankbaues und der Anwendung mechanisierter Transportmittel eine Neuverteilung der verantwortlichen Posten in der englischen Armee notwendig gemacht habe. Die Leitung der Heeresausrüstungsämter werde in Zukunft allein in den Händen des Generalfeldzeugsmeisters liegen, der sein bisheriges Amt als Inspekteur der Befestigungsanlagen dem Generalquartiermeister übergeben werde. Wie die „Daily Mail" berichtet, hat diese Entscheidung des Kriegsministeriums im englischen Offizierkorps große Unzufriedenheit ausgelöst. Ein höherer Offizier soll bereits zurückgetreten sein; andere beabsichtigen seinem Beispiel zu folgen. Eine größere Anzahl von Offizieren hätte um ihre Versetzung in die indische Armee gebeten. Das Blatt erwartet beim Wiederzusammentritt des Parlaments einen Vorstoß der Opposition, da anzunehmen sei, daß die Umorganisation erhöhte Ausgaben mit sich bringen werde.

Erneuter Vormarsch der chinesischen Südtruppen.

tu **London**, 12. Sept. **(Tel.)** Wie aus Schanghai berichtet wird, sind die letzten Truppen Sunschuanfangs südlich des Yangtse zerstreut worden. Die Südtruppen haben damit alle verlorenen Stellungen wieder zurückerobert, sie haben selbst den Yangtse in Richtung Pukow überschritten.

Das Gordon-Bennett-Rennen der Lüfte.

Bisher 6 Ballons gelandet. — Der deutsche Ballon „Brandenburg" ausgeschieden.

Detroit, 10. Sept. In Anwesenheit von etwa 70 000 Menschen fand heute nachmittag der Start für das internationale Gordon-Bennett-Rennen der Lüfte statt. Trotz unerwarteter Regenschauer sind alle 15 Ballons glatt gestartet. Der Sohn Henry Fords, Edsel, startete die Ballons in Abständen von fünf Minuten. Der spanische Ballon „Hispania" stieg als erster auf. Die drei deutschen Teilnehmer kamen ebenfalls sehr gut ab.

In einem United Preß Telegramm, das u. a. die Köln. Ztg. bringt, wird merkwürdigerweise nur der Start von 2 deutschen Ballons „Ernst Brandenburg" (Führer Dr. Halben) und „Barmen" (Führer Kaulen) erwähnt. Daß der Start vom Ballon „Münster" nicht erwähnt wird, hat nichts zu sagen. Daß Herr Eimermacher nicht gestartet sein sollte, ist daraus nicht zu entnehmen, er hätte telegraphiert, wenn der Start wider Erwarten nicht erfolgt wäre. Es war mit ihm abgemacht, daß er sofort nach der Landung ein Telegramm aufgeben solle. Ein solches liegt nicht vor und das ist gut, denn dann hätte er nur eine kurze Fahrt gehabt.

In dem oben erwähnten Telegramm der „United Preß" heißt es über die Richtung, die die Ballons eingeschlagen haben: „Sieben Ballons haben nach den letzten Meldungen eine südöstliche Richtung eingeschlagen und überflogen rdie Gegend zwischen San Dusky und Clindon im Staate Ohio. Der amerikanische Ballon „Goodyear" hatte die Führung". Der letzte Satz will nichts sagen. Eine „Führung" wie etwa beim Rad- oder Pferderennen ist beim Ballonrennen nicht möglich. Erstens starten die Ballons nicht gleichzeitig und zweitens kommt es darauf an, welcher Ballon am meisten Ballast hat und am weitesten fahren kann.

Inzwischen sind auch

die ersten Landungstelegramme

eingelaufen:

w **Detroit**, 12. Sept. Die Ballons sind allgemein in der Richtung auf die Küste von Florida getrieben. Bisher sind gelandet:

der französische Ballon „Paris - Brutelles" in Dunn (Nord-Carolina) nach einer Flugstrecke von ungefähr 500 Meilen und einer Flugzeit von 25 Stunden;

der belgische Ballon „Wallonia", der in einer Flugzeit von 27 Stunden ungefähr die gleiche Entfernung zurücklegte;

der amerikanische Armeeballon „Army", der ungefähr gleichzeitig in York (Süd-Carolina) landete;

der schweizerische Ballon „Helvetia" der in Stadeville (Nord-Carolina) niederging.

Der deutsche Ballon „Ernst Brandenburg" (Führer Dr. Halben) auf Sugar-Island im Gebiete der großen amerikanischen Seen (infolge Ventilstörung vorzeitig gelandet, Insassen nicht verletzt).

Der belgische Ballon „Belgia" ist in Greenville (Süd-Carolina) gelandet.

Gesichtet wurden: der spanische Ballon „Hispania" über Charleston (Süd-Carolina), der italienische Ballon „Dux" über Spartanburg (Süd-Carolina) und ein nicht identifizierter Ballon über Nord-Carolina.

Die Entfernung Detroit—Canada beträgt 1800 Meilen, und es besteht daher die Möglichkeit, den bisherigen Weltrekord zu brechen.

Über die Landung des deutschen Ballons „Ernst Brandenburg"

erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Da die Gasventile des Ballons versagten, so daß er manövrierunfähig war, entschloß sich der Führer Dr. Halben, um einem Niedergehen im Erisee zu entgehen, auf Sugar Island am Erisee zu landen. Die Landung erfolgte glatt und ohne Verletzungen für die Besatzung, obwohl der Ballonkorb auf einer Baumkrone aufsetzte. Der Ballon wird zu Schiff nach Newyork gebracht, um dann nach Deutschland zurücktransportiert zu werden.

Die beiden anderen deutschen Ballons

sind bisher noch nicht gesichtet worden: es liegen auch keinerlei Nachrichten über sie vor.



Da die Fahrt über verhältnismäßig dicht besiedeltes Land geht, ist nicht anzunehmen, daß die Landungstelegramme zu lange ausbleiben. Wenn daher also noch kein Landungstelegramm von Herrn Eimermacher vorliegt, so darf man daraus die Hoffnung schließen, daß er bei Abgang der obigen Landungstelegramme noch im Rennen war.

Es ist übrigens erfreulich, festzustellen, welch reges Interesse unsere Leser der Fahrt und dem Schicksal Eimermachers entgegenbringen. Nicht nur aus der Stadt, sondern auch von auswärts wird telefonisch bei uns angefragt, ob schon Meldungen von Ballon Münster VIII vorliegen.

Aus der Stadt.

Münster, 13. September.

Ortsgruppe Münster des Landesverbandes Westfalen-Nord-Lippe des Vereins für deutsche Schäferhunde (S. V.). Eine Prüfung erstklassiger Rassehunde hatte die Gruppe am Sonntag in der Gievenbecker Gegend bei Haus Spital festgesetzt. Das weite Gelände dort bot alle dazu erforderlichen Garantien für eine einwandfreie Prüfung der meist nur in den Polizeidienst zu stellenden Tiere. Die über 6 Stunden dauernde Übung leitete F. Potthoff-Münster, als Preisrichter waren zwei auf dem Gebiete der Polizeihunde-Ausbildung durchaus erfahrene Herren gewonnen: Major Berth und Dressurwart Kriminalbeamter B. Laumann. Schon um 7 Uhr früh harrten ungeduldig am Start nur edle, erstklassige Rassetiere, eine Lust für Hundeliebhaber: Hündinnen: „Burga v. d. Sündermühle" (Bes. F. Ermshaus-Bielefeld), „Afra v. Boyenstein" (Bes. F. Mitterthies-Oelde), „Cita v. Gärtnerhaus" (Bes. E. Graner-Bielefeld), „Balda v. d. Schwanenmühle" (Bes. Fr. H. Hessel-Münster), „Christa v. Bernhardbrunnen" (Bes. B. Ratzynski-Buer-Resse). Rüden: „Arras v. d. Dechenhöhle" (Bes. J. Tigges-Münster), „Belos v. d. Emswiese" (Bes F Borg-Münster), „Seppel v. Wimfeld" (Bes. A. Pade-Bielefeld), „Bosko v. Taubennest" (Bes. J. Reiberg-Hövel). Die Prüfungen bestanden in den verschiedensten sorgfältigst vorbereiteten Veranstaltungen, die gestellten Aufgaben wurden von den Tieren fast durchweg mit bestem Erfolge ausgeführt. Sie bestanden in Gehorsamsübungen, Mannarbeiten, Nasenarbeiten, Schußfestigkeit usw. Ganz besonderes Interesse erregte die Nasenarbeit der Tiere, wobei ganz erstaunliche Beweise von Hundescharfsinn erbracht wurden. Mit der Prüfung war auch die Vergebung des großen Wanderpreises des Landesverbandes verbunden. Vorschrift der Gesamtprüfung war die Prüfungsordnung für Polizeihundprüfungen, offen für Liebhaber- und für Diensthundführer. Die Ergebnisse der Prüfung waren durchweg gut. „Greif", „Bello", „Christa", „Baldo" wurden mit „Gut" bewertet, „Arras" als schon geprüfter Polizeihund mit „Sehr gut". „Burga"-Bielefeld (Bes. F. Ermshaus) erhielt den großen Wanderpreis mit „Sehr gut I". Die Prüfung wurde von allen Tieren bestanden. Die Ergebnisse müssen als eine Glanzleistung angesehen werden, da die Prüfung bei einer Witterung vor sich ging, die gar nicht schlechter gedacht werden kann. Hundeerziehung zum Sicherheitsdienste ist bekanntlich eine Aufgabe, die viel Geduld und Ausdauer erfordert Und da sie hier nur von Liebhabern im Nebenamte vollzogen wurde, ist die Arbeit doppelt anzuerkennen und zu bewerten. Der Gesamtverein zählt 35 000 Mitglieder — ein Beweis dafür, wie zahlreich die Sportliebhaber auf diesem Gebiete sind.

⚓ **Hausfriedensbruch am Bahnhof.** Der Arbeiter A. H. und sein Begleiter hatten einen über den Durst getrunken. Sie fielen deshalb am Bahnhof unliebsam auf. Mehrfach waren sie aus dem Vorraum zum Wartesaal 4. Klasse herausgewiesen. Sie kehrten aber immer wieder zurück. Als ihnen der diensttuende Bahnbeamte das verwehren wollte, brauchten sie Gewalt und erzwangen sich wiederum den Eintritt. Vor dem Amtsgericht hatte sich deshalb der Arbeiter A. H. zu verantworten. Er wurde wegen Hausfriedensbruchs mit zwei Wochen Gefängnis bestraft. Gegen seinen Begleiter konnte noch nicht verhandelt werden, da sein Aufenthalt nicht bekannt ist.

-+- **Durch einen explodierenden Reklameballon** wurde am Samstag auf der Salzstraße einem Herrn Bart- und Haupthaar versengt. Ein eigentümlicher Zufall brachte den Ballon zur Entzündung dadurch, daß er vom Winde gegen die brennende Zigarre, die der Herr im Munde hielt, geweht wurde. Der Fall zeigt, daß auch dieses an sich harmlose Spielzeug recht gefährlich werden kann und man soll es deshalb vor allem unterlassen, diese leicht entzündlichen Ballons mit in die Straßenbahnwagen zu nehmen. Neulich zwängte sich eine Frau mit vier solchen Dingern in den Wagen hinein. Meist stehen auf den geschlossenen Perrons Zigarren und Zigaretten rauchende Herren. Ein wenig Gedankenlosigkeit oder Unachtsamkeit, und schon kann ein größeres Unglück, wie es dem Herrn auf der Salzstraße passierte, geschehen sein.

-+- **Durch Scheuen eines Pferdes** stieß am Montag vormittag auf der Neubrückenstraße das Gefährt eines Händlers mit einem Straßenbahnwagen zusammen, die Führerschutzscheibe des Straßenbahnwagens ging in Trümmer.

Aus den Provinzen.

Everswinkel, 12. Sept. (Durch Blitzschlag eingeäschert.) Heute nachmittag ging über unserer Gemeinde ein folgenschweres Gewitter nieder. In der benachbarten Bauerschaft Natorp, Kirchspiel Hoetmar, wurde das Wohnhaus des Landwirts Theodor Dusterhus vom Blitz getroffen und völlig eingeäschert. Nur mit knapper Not konnte ein Teil des Mobiliars gerettet werden. Ferner schlug der Blitz in die Telephonleitung der Post Raestrup-Everswinkel.

○ **Gütersloh**, 12. Sept. (Ein Schadenfeuer) kam in dem von vier Familien bewohnten Tengelschen Hause in Schloß Holte zum Ausbruch. Da das Feuer sich rasend schnell ausbreitete, konnte nur aus den unteren Wohnungen einiges Inventar gerettet werden. Die in den oberen Stockwerken wohnenden Familien konnten, da das Feuer nachts auskam, kaum das nackte Leben retten.

-+- **Gütersloh**, 12. Sept. (Von einem Automobil überfahren und getötet) wurde in Avenwedde die Witwe Sophie Venjakob, die auf dem Wege zum Bahnhof kurz vor einem Auto die Straße zu überqueren versuchte, dabei von dem Automobil erfaßt und so schwer verletzt wurde, daß sie im Krankenhause starb.

Detmold, 12. Sept. (Ein falscher Professor?) Der bekannte Kunstmaler Peter Magnussen, der in Lemgo eine große Malerschule besitzt, hatte sich vor der hiesigen Strafkammer wegen schwerer Urkundenfälschung zu verantworten. Der aus einem Ort in Schleswig-Holstein gebürtige Angeklagte bewegte sich kurz vor dem Kriege mit dem Titel „Professor" im öffentlichen Leben und verdankt dieser falschen Bezeichnung einen Teil seines Ansehens und seines Erfolges. Magnussen gibt an, den Titel vom König von Dänemark erhalten zu haben, will aber die Urkunde mitsamt einem Handschreiben vernichtet haben, da sie ihm wertlos erschien. Kopenhagener zuständige Stellen stellen die Ausstellung einer solchen Urkunde entschieden in Abrede. Das Gericht kam in der Verhandlung zu keinem Entschluß, übergab vielmehr den Angeklagten zur Beobachtung seines Geisteszustandes für 6 Wochen einer Heilanstalt. Dem Ende des Prozesses gegen den im allgemeinen angesehenen Angeklagten sieht man mit Interesse entgegen.

○ **Mülheim**, 11. Sept. (In die Düngergrube gefallen.) Von einem tragischen Geschick wurden die Eheleute Haukamp von der Hingbergstraße 110 getroffen. Als sie ihr auf dem Hofe spielendes Kind rufen wollten, fanden sie es nicht vor. Nach eifrigem Suchen fanden sie es in der Düngergrube erstickt vor. Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur noch den Tod infolge Erstickens feststellen.

M.-Gladbach, 10. Sept. (Von einem Flaggenzwischenfall) in M.-Gladbach berichteten gestern mehrere Zeitungen. Danach hatten bei der Beerdigung eines katholischen Stahlhelmmannes dessen Kameraden über dem Sarg zwei große schwarz-weiß-rote Flaggen ausgebreitet. Der amtierende katholische Geistliche verlangte Entfernung der Fahnen, andernfalls er nicht an der Beerdigung teilnehmen werde. Aus Rücksicht auf die Familie des Verstorbenen hatten die Stahlhelmer der Forderung nachgegeben. In einer Ortsgruppenversammlung aber hatten später die katholischen Mitglieder des Stahlhelms eine Erklärung unterschrieben, in der sie gegen das Verhalten des betreffenden Geistlichen Einspruch erheben. Hierzu liegt folgende Erklärung des Pfarrers des Dekanates M.-Gladbach — unterzeichnet von Dechant Janßen — zur Veröffentlichung vor: „Das Pfarrkapitel muß es ablehnen, bei der gesamten religiösen Feier eines kirchlichen Begräbnisses irgendwelche politische Abzeichen in direkter Verbindung mit dieser Feier — schon der sich daraus ergebenden Konsequenzen wegen — zu dulden. Dazu gehört auch das Bedecken des Sarges mit einem Fahnentuche. Was nach der Beendigung der kirchlichen Feier am Grabe geschieht, entzieht sich unserer Zuständigkeit."

Vermischtes.

* **Vom Lastfuhrwerk totgedrückt.** Pohwinkel, 9. Sept. Ein Lastkraftwagen mit Anhänger fuhr auf einer abschüssigen Straße hinter Freudenberg infolge Versagens der Bremse mit voller Wucht gegen einen Bordstein, wobei sich der Anhänger loslöste und umschlug. Der Besitzer des Kraftwagens und ein Mitfahrer waren vorher abgesprungen und kamen ohne Verletzungen davon. Dagegen wurde der Fahrer, der gleichfalls absprang, von dem Anhänger totgedrückt.

* **Von einem Balken erschlagen.** Weimar, 12. Sept. Am Neubau eines Lichtspielhauses in Arnstadt in Thüringen riß beim Hochwinden von Richtbalken die Kette, welche Balken und Mast festhalten sollte. Zwei unter dem umstürzenden Mast auf dem Gerüst stehende junge Zimmerleute wurden drei Stockwerke tief herabgeschleudert. Einer war sofort tot, der andere wurde schwer verletzt.

* **Frühe Kälte in der Eifel.** Aus der Eifel, 11. Sept. In den höher gelegenen Gegenden der Eifel war es jetzt nachts schon empfindlich kalt. Das Thermometer sank an einzelnen Stellen auf den Gefrierpunkt. Die Höhen waren mit Reif bedeckt.

* **Das Autounglück bei Pinneberg.** Pinneberg, 12. Sept. Die polizeilichen Untersuchungen über die Ursachen des Unglücks bei Pinneberg, wo in der vergangenen Nacht ein Auto von einem Güterzuge überfahren wurde, führten zur Verhaftung des Bahnwärters Eggerstaedt, der versäumt hatte, die Schranken rechtzeitig zu schließen. Eggerstaedt ist bisher als zuverlässiger Beamter bekannt gewesen; er erlitt nach dem Unglück einen schweren Nervenschock.

* **Der Kniff einer Autodiebin.** Leipzig, 10. Sept. Zwei Leipziger Herren fuhren dieser Tage in einem neuen Opelwagen nach dem Familienbad in Taucha bei Leipzig. Auf der Landstraße wurden sie von einer Dame angehalten und gefragt, ob die Herren sie mitnehmen wollten. Das wurde zugebilligt und auch die weitere Bitte der Dame, sie selbst den Kraftwagen steuern zu lassen, erfüllt. Die Dame fuhr nun den Kraftwagen zum Schützenhof in Taucha. Dort wurde der Wagen untergestellt und die drei Personen begaben sich ins Familienbad. Nach einem gemeinsamen Bade bestellten die Herren in der Gastwirtschaft des Familienbades drei Kännchen Kaffee, weil die Dame versprochen hatte, gleich nachzukommen. Leider mußten die Herren aber vergeblich warten. Die Dame hatte es vorgezogen, sich schnell anzuziehen, in den Schützenhof zu gehen und dort den neuen Opelwagen zu entführen. Ein gerade anwesender Kraftwagenführer kurbelte ihr den Wagen an. Sie fuhr schnell davon und ist bis heute nicht ermittelt.

* **Vom Starkstrom getötet.** Leipzig, 12. Sept. In der Nähe von Belgershein wurden am gestrigen Sonntag zwei Arbeiter, die mit der Reparatur einer Überlandleitung beschäftigt waren, vom Starkstrom schwer verletzt. Einer von ihnen starb bald darauf, während der andere ins Krankenhaus überführt wurde.

* **5000 Zentner Getreide vernichtet.** Anklam, 12. Sept. In dem elf Stockwerke hohen Kornsilo des landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsvereins in Anklam brach im achten Stockwerk Feuer aus. Das Silo konnte nur dadurch gerettet werden, daß von der Feuerwehr der ganze achte Stock ersäuft wurde. 5000 Zentner Weizen sind für die menschliche Ernährung unbrauchbar geworden.

* **Kindesmord.** Schwerin, 9. Sept. Im Dorfe Zuhr wurden ein Schnitter und eine Schnitterin unter dem schweren Verdacht verhaftet, ihr kleines Kind ermordet und darauf die Leiche verbrannt zu haben. Die Tat wurde nach den bisherigen Ermittlungen von der Schnitterin auf Anstiftung des Schnitters vollbracht

* **Selbstmord nach einem Raubüberfall.** Wien, 10. Sept. Der 20jährige Bäckergehilfe Johann Schwarz versuchte heute abend bei einer Geschäftsinhaberin einen Raubüberfall, ergriff jedoch auf deren Hilferufe die Flucht und gab aus seiner Pistole mehrere Schüsse auf seine Verfolger ab, ohne jedoch jemand zu treffen. Er tötete sich sodann, um sich seiner Festnahme zu entziehen, durch einen Revolverschuß.

* **Ein Belgrader Theater verbrannt.** Belgrad, 12. Sept. Um Mitternacht, kurz nach der Vorstellung, brach in einem hiesigen Theater Feuer aus, das das ganze Gebäude zerstörte. Der Schaden wird auf 3 Millionen Dinar geschätzt. In dem betroffenen Stadtviertel und namentlich in den benachbarten Häusern brach eine Panik aus. Opfer an Menschenleben sind aber nicht zu beklagen.

* **Autobusunglück bei Brünn.** Prag, 12. Sept. Heute fuhr ein Autobus in der Nähe von Brünn infolge Versagens der Bremse in einen Graben und überschlug sich, wobei er vollkommen zertrümmert wurde. Eine Person wurde getötet, 6 schwer und 14 leicht verletzt.

* **Einbruch in eine belgische Kathedrale.** Brüssel, 12. Sept. Einbrecher raubten gestern nacht aus der Kathedrale von Tournai drei wertvolle elfenbeinerne Figuren, von denen vor allem die eine, die Christus am Kreuz darstellt, großen Wert besitzt. Auch goldene Schärpen und andere Ornatstücke, die mit reichem Gold besetzt sind, fielen den Verbrechern in die Hände. Die meisten Gegenstände stammten aus dem 17. Jahrhundert.

* **Verhör des Mörders des Grafen Nardini.** Paris, 12. Sept. Am Montagnachmittag um 3 Uhr begann in Gegenwart des behandelnden Arztes das Verhör des Mörders des italienischen Vizekonsuls Grafen Nardini. Obgleich der Untersuchungsrichter den Eindruck hatte, daß der Mörder seine Worte verstand, war letzterer nicht in der Lage, mehr als einige Laute des Stöhnens von sich zu geben. Das Verhör mußte infolgedessen abgebrochen und der Mörder in das Gefängnis-Krankenhaus überführt werden. Da Graf Nardini keine persönlichen Feinde besaß, so verstärkt sich der Eindruck, daß es sich um ein politisches Attentat handelt Auch die Tatsache, daß auf dem einzigen Papier, das in den Taschen des Mörders gefunden wurde, sein Name ausradiert war, scheint diesen Verdacht zu verstärken.

* **Vier Personen bei einem Brand umgekommen.** London, 9. Sept. Auf einem Fabrikgrundstück im St. Pankraz-Viertel in London brach Feuer aus, bei dem vier Menschen ums Leben kamen. Eine Reihe von Arbeiterinnen, deren Kleider bereits in Brand geraten war, sprang aus dem brennenden Gebäude in den Regenten-Kanal. Einige von ihnen konnte von einem vorüberfahrenden Boot aufgenommen werden.

Eine heitere Geschichte im Eisenbahnabteil.

* **Paris**, 12. Sept. Eine heitere Geschichte, die leicht einen tragischen Ausgang hätte nehmen können, ereignete sich auf der Lokalstrecke, die nach Prieze bei Cannes führt. Ein Reisender, ein alter gutbürgerlicher Herr, hatte in dieser Station auf den Anschluß zu warten und benutzte die Wartezeit dazu, um sich ins Gras zu legen. Als er den Zug bestieg, bemerkte er zu seiner Ueberraschung, daß sein ganzer Anzug voll Ameisen war. Da sich zur Zeit niemand in dem Wagen befand, zog er sich rasch aus und schüttelte seine Kleidungsstücke eins nach dem anderen zum Fenster hinaus. Zu seinem Unglück entriß ihm ein Windstoß die Hose. Als auf der nächsten Station einige Damen das Abteil des Zuges bestiegen, und den Mann ohne Hose erblickten, flohen sie entsetzt und zogen die Notleine, da sie sich einem Irrsinnigen gegenüber glaubten und einen Mordanschlag befürchteten, wie er sich vor kurzem im Zuge nach Boulogne ereignete. Der Zug hielt an. Der Wagen wurde auf beiden Seiten abgesperrt und die Gendarmerie geholt. Der „Wahnsinnige" wurde trotz allen Sträubens abgeführt. Beim Stationschef wurde er vernommen. Und hier stellte es sich heraus, daß es sich garnicht um einen Irrsinnigen handelte. Unter dem Gelächter aller Reisenden erschien kurz darauf der alte Herr wieder, nachdem ihm der Stationsvorsteher eine Hose geliehen hatte.

Erdbeben und Unwetter.

tu **Stuttgart**, 12. Sept. Der Seismograph der Hohenheimer Erdbebenwarte verzeichnete gestern nacht ein sehr starkes Fernbeben, dessen Herd nach der Entfernung von 2200 Kilometern in Kleinasien liegen muß. Diese Feststellung ist inzwischen durch die Erdbebenmeldungen aus Konstantinopel bestätigt worden.

tu **Riga, 12. Sept. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist gestern nacht die Krim von einem Erdbeben heimgesucht worden, das vor allem in Sewastopol größere Zerstörungen angerichtet haben soll. Die Erdstöße waren auch in Odessa und Kiew wahrnehmbar. Näheres liegt noch nicht vor. Der Hauptstoß von mehreren Sekunden wurde um 5,22 Uhr früh verspürt.**

Heftige Wolkenbrüche richteten im transkaukasischen Eisenbahngebiet Verwüstungen an. Auf einer Strecke kam es zu einer Zugentgleisung, die den Verkehr für einige Tage stillegen dürfte.

* **Erdbeben in Konstantinopel.** London, 12. Sept. Heute früh 12,20 Uhr wurden in Konstantinopel zwei heftige Erdstöße verspürt, die, obgleich nur von kurzer Dauer, die ganze Bevölkerung in Aufregung versetzten.

Verlangen Sie stets ausdrücklich

MAGGI's Würze und achten Sie genau darauf, daß Ihr Fläschchen aus MAGGI's großer Originalflasche gefüllt wird. In dieser darf nach dem Gesetz nichts anderes feilgehalten werden als

MAGGI's Würze

